



Büro Landrat	Vorlagenart	Vorlagennummer
Aktenzeichen: 01 Datum: 03.05.2011 Sachbearbeiter/in: Schulz, Kristin	Antrag	2011/141
	Öffentlichkeitsstatus: öffentlich	

Beratungsgegenstand:

Antrag der Gruppe SPD/Grüne vom 18.04.2011 (Eingang: 02.05.2011);
Schwimmförderung in den Sommerferien 2011

Produkt/e:

111-110 Büro Landrat

Beratungsfolge

Status	Datum	Gremium
N	23.05.2011	Kreisausschuss
Ö	23.05.2011	Kreistag

Anlage/n:

Originalantrag

Beschlussvorschlag der Gruppe SPD/Grüne:

„Die Verwaltung wird gebeten, ein Konzept zur Schwimmförderung in den Schulferien des Jahres 2011 zu entwickeln und umzusetzen. Es sollte geprüft werden, ob die Organisation durch die jeweiligen Vertragspartner im Bereich der Jugendhilfe und Jugendarbeit in den vorhandenen Sozialräumen übernommen werden kann.

Bei der Entwicklung eines solchen Konzeptes sollten folgende Grundgedanken Berücksichtigung finden:

- Die Teilnahmemöglichkeiten richten sich an schulpflichtige Kinder von 6 bis 12 Jahre.
- Die Kurse sollten in den Schulferien angeboten werden. Sie sind unabhängig vom Schwimmunterricht in den Schulen zu sehen und stellen ein Angebot zur Schwimmförderung dar.
- Für die Schwimmförderung sollten die im Landkreis Lüneburg vorhandenen Freibäder genutzt werden.
- Entsprechende Absprachen zur Nutzungsmöglichkeit und zu den anfallenden Kosten sind mit den für die Schwimmstätten zuständigen Trägern zu treffen, wobei ein finanzielles Entgegenkommen über reduzierte Eintrittsgelder o.ä. erwartet wird.
- Der Eigenanteil der Teilnehmer an den Kosten könnte pro Trainingseinheit 1 € betragen, wobei der Eigenbeitrag für Kinder von sozial schwachen Eltern über das Teilhabepaket oder die Sozialräume gedeckt werden sollte.
- Der Anteil der Gesamtkosten für den Landkreis Lüneburg ist auf 10.000 € zu begrenzen. Die Finanzierung erfolgt aus einer entsprechenden Haushaltsstelle im Schuletat, die umzuwidmen ist. Weiter sind Mittel aus dem Teilhabe- und Bildungspaket denkbar.
- Das von der Verwaltung entwickelte Konzept ist im Fachausschuss vorzustellen und zu beraten.“

Begründung der Gruppe SPD/Grüne:

Siehe anliegender Antrag.